

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zimmer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepalte Kolonelle oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die süddeutschen Versäiler

Vier Wochen nun dauert der Kampf in der süddeutschen Metallindustrie. Einige Schod-Fabrikanten erklären einem Hunderttausend Arbeiter, von dem und dem Tage an habt ihr wöchentlich zwei Stunden länger zu schenken, erst wenn ihr euch diesem unserm Diktat beugt, und nicht eher, werden wir mit euch über die Anpassung des Lohnes an die Teuerung, über die Ferienfrage und die andern Sachen reden. Wenn ihr euch unserm Befehl nicht fügt, bekommt ihr die euch unerläßliche Lohnerhöhung nicht und ihr müßt hungern, oder wir werfen euch kurzerhand auf die Straße und ihr müßt noch mehr hungern. Worauf die Arbeiter erwidern: Beugen wir uns diesem Diktat, so haben wir sicher soundsoviel mehr Stunden zu schenken, einen Teil unserer Ruhe, unserer Freiheit, unseres Lebens einzubüßen, aber ohne irgendwelche Sicherheit für einen entsprechenden Ersatz an Lohn und anderem zu erhalten und haben obendrein die Lust auf Wiederholung von Diktaten ähnlichen Kalibers gestärkt. Der Unternehmer hält sein Recht der freien Bestimmung über seine Waren für selbstverständlich, das gleiche Recht beanspruchen wir auch für unsere einzige Ware, die Arbeitskraft, ein Anspruch, den wir stellen, nicht aus Profitgier, sondern um Gesundheit und Arbeitskraft für Familie und Volkswirtschaft zu erhalten.

Was immer man gegen die Erwidrerung der Arbeiter einwenden mag, vom Standpunkt des gleichen Rechts und der Billigkeit ist sie nicht zu widerlegen. Indes, was verschlagen einfache Selbstverständlichkeiten dem Kreis, der von Sabgier und Herrndüffel bewegt wird? Die Metallindustriellen glauben, den Beweggründen der Arbeiter ebenso beggnet zu müssen, wie die Gewaltmenschen an der Seine den Gründen der deutschen Regierung begegnen. Die Pariser Diktatoren stützen sich auf die Versäiler Rechtsordnung, die metallindustriellen Diktatoren auf die kapitalistische. Die Versäiler Diktatoren wollen Kriegsbeute aus dem verarmten Deutschland herauspressen, die Diktatoren der Metallindustrie wollen Friedensbeute aus ihren ausgegorgelten Arbeitern herauskneipen. Ist Deutschland der ausländischen Ausbeutersippe nicht zu Willen, wird es mit Säbel, Besetzung und Aushungerung bedroht; ist die deutsche Arbeiterschaft der inländischen Ausbeutersippe nicht zu Willen, wird sie über Nacht der Verdienstlosigkeit, dem Hunger ausgesetzt. So wenig wie sich das fremde Ausbeutertum um die Freiheit, um das Selbstbestimmungsrecht, um die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes kümmert, kümmert sich das einheimische Ausbeutertum um die Freiheit, um das Selbstbestimmungsrecht, um die Lebensmöglichkeit des deutschen Arbeiters.

Was sagen wir? Die süddeutschen Metallindustriellen hätten ihr Diktat von Sabgier und Herrndüffel schreiben lassen? Sie seien von der Unmenschlichkeit, der Besessenheit, der Rücksichtslosigkeit der Versäiler Gewaltmenschen bewegt? Mit nichten! verkündet laut und unablässig die Unternehmerrpresse. Das blanke Gegenteil sei richtig: Die süddeutschen Metallindustriellen seien keine Unmenschen, keine Profitjäger, keine Unvernünftigen, sondern nur gute Patrioten. Ihre Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit stellen sie nicht aus Liebe für höheren Profit, sondern aus purer Liebe zum Vaterland. Nur um die zerrüttete deutsche Wirtschaft schnell wieder aufzubauen, heischen sie von der Arbeiterschaft ein kleines Opfer. Denn die kurze Arbeitszeit, die 46stündige Woche, der Achtstundentag sei an unserer Notlage schuld. Hätte das Unternehmertum noch das Recht bejessen, die Arbeitszeit nach Gutdünken zu bestimmen, des Vaterlandes Notlage wäre sicherlich schon behoben. Dieses schöne, vernünftige, patriotische Recht habe aber die vermaledeite Revolution beseitigt. Aus dieser Beseitigung sei all unser Elend gesprossen. Somit hat die Revolution, haben die Revolutionäre, die Urheber des Achtstundentages das entfehlliche Unglück unseres Volkes verursacht. Die süddeutschen Fabrikanten, diese uneigenmäßigen Patrioten, wollen nichts, als das von den Urhebern des Achtstundentages heraufbeschworene Unglück fortzögern.

So reden die Unternehmerblätter. Von ihnen erfährt jetzt nun die staunende Welt, daß sie sich bis zum Ausbruch des Kampfes in der süddeutschen Metallindustrie in einem großen Irrtum befunden hat. Sie nahm bis dahin an, die schwerindustriellen Kriegsheher, Munitionsfabrikanten, Granatenflücker und ihre uniformierten Gefinnungs- und Profitgenossen hätten mit den Preistreibern, Wucherern und andern kapitalistischen Beutelschneidern Krieg, Niederlage und Zerrüttung der deutschen Wirtschaft auf dem Gewissen. Nun aber erfährt sie, daß die revolutionäre Arbeiterschaft, die in die Bresche sprang, als sich die Stützen des Obrigkeitstaates feige verrochen, mit der Verkürzung der Arbeitszeit, die das durch Krieg und Wucher ausgefogene Volk vor ganzlichem Verkommen bewahrte, des Vaterlandes Drangsal verursacht habe.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit flöten heute die Rattenfänger der Unternehmerrpresse ihr Lied bei der Metallarbeiterschaft umsonst. Diese war sich von allem Anfang darüber klar, um was es sich bei diesem Kampfe in Süddeutschland handelte, und daß es dabei hart auf hart gehen werde. Wenn sie je im Zweifel gewesen wäre, die bei seinem Vorspiel am Verhandlungstisch von der Unternehmerrseite aufsteigenden Geräusche hätten ihr kund und zu wissen getan, worum die Herren der Siede diesmal würfeln. Die süddeutschen Metallindustriellen betrachteten sich als Vortrupp des gegen den Achtstundentag aufgebotenen Heerbanns. Sie haben den Ehrgeiz, den ersten Preis beim Sturm gegen die wichtigste wirtschaftliche Errungenschaft der Revolution zu ergattern. Sie sagen sich, und das mit vielem Recht, fällt diese erste große Machtprobe gegen die 46stündige Arbeitszeit zu unseren Gunsten aus, dann ist für die gesamte deutsche Profitgenossenschaft die Schlacht gegen den Achtstundentag überhaupt praktisch gewonnen und obendrein des Unternehmertums Stellung wesentlich gestärkt für die künftigen Lohnanpassungen an die Teuerung. Gelingt uns dieser große Streich, wird uns die Anerkennung von unseresgleichen überall nicht verjagt werden, wozu sich wie von selbst ein neuer dider Profitstrom fügt.

So wird jetzt in der süddeutschen Metallindustrie für die Gesamtheit der deutschen Industrie getritten. Siegen die süddeutschen Metallindustriellen, hat das gesamte Unternehmertum einen großen Sieg errungen. Gelingt hier die Verlängerung der Arbeitszeit, müssen die Arbeiter der andern Bezirke und Gewerbe mit Ausdehnung ihrer Gebundenheit an die Siede rechnen, besonders dort, wo sie sich nicht auf eine so mächtige Organisation wie die der Metallarbeiter stützen können. Siegen aber die süddeutschen Metallarbeiter, dann hat damit in ganz Deutschland die Sucht nach Verlängerung der Arbeitszeit, die hier nach Vermehrung der Ausbeutung einen Dämpfer erhalten. Dies alles wissen die Arbeiter recht gut, noch besser weiß es das Unternehmertum.

Da mit den gesunden Arbeitern nichts anzufangen ist, wird etwas mit den invaliden Arbeitern angefangen. Die kriegsbeschädigten Proletarier haben ihre Gesundheit eingebüßt, damit die Industrie unverfehrt blieb und schwer Geld beim Munitionsgeschäft gemacht werden konnte. Zum Dank dafür wird von ihnen nun von edlen metallindustriellen Patrioten verlangt, daß sie Streikbrecherarbeit leisten, andernfalls sie sofort entlassen und nie wieder eingestellt werden würden. Nachdem also den kriegsbeschädigten zu Nutz und Frommen der besitzenden Klasse die Gesundheit geraubt worden ist, soll ihnen noch die Arbeitererhe geistohlen werden. „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“

Daß die süddeutschen Metallindustriellen keinen Sinn für das Wohl der Allgemeinheit, kein Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter haben, zeigten die Verhandlungen, welche am 12. und 13. April unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in Heidelberg geführt wurden. Eine Einigung der streitenden Parteien war nicht zu erzielen. Die Unternehmer hielten hartnäckig an ihrer Forderung der 48-Stundenwoche fest. Nur in der Form milderten sie ihr Diktat etwas ab; in der Sache hielten sie unbeirrt und ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß mit jeder weiteren Streikwoche 5520000 Arbeitsstunden unwiederbringlich verloren gehen, eigensinnig daran fest. Selbst den Versuch des Arbeitsministers, den Parteien einen Vergleichsvorschlag vorzulegen, lehnten die Unternehmer schroff ab. Sie erklärten dem Herrn Arbeitsminister, daß sie „ablehnen müßten, einen Vergleichsvorschlag von ihm entgegenzunehmen“. Damit enthüllten sie brutal ihre wahre Absicht. Sie verlangen, daß die Metallarbeiter sich bedingungslos ihrem Diktat fügen. Sie verleugnen nicht mehr ihre von Anfang an gehabte Absicht, die Metallarbeiter durch Hunger auf die Knie zu zwingen, um dann über die verelendete. Sogar herrschen und regieren zu können. Genau wie die französischen Versäiler. Beide Arten Ausbeuter werden sich tauschen.

Nach alledem kann sich die Arbeiterschaft eine Vorstellung von dem Schicksal machen, das ihrer wartete, wenn es den Metallindustriellen ohne machtvolle Organisation gegenüberstände. Die Versäiler brandschagen das deutsche Volk, wofür es als Entschuldigung immerhin anführen kann, daß es das gegen den Feind, von gestern tue, der ihm unjagbar Böses angetan hat. Das inländische Ausbeutertum bedroht das eigene Arbeitervolk, sperrt es aus, überlieferst es dem Hunger, wofür es ebenfalls eine Entschuldigung anführen kann, nämlich die, daß es ja nur die Macht gebrauche, die ihm das Arbeitervolk im Kriege verteidigt, in der Revolution gelassen habe. Diese Wahrheit ist schwer zu widerlegen, leichter schon zu beherzigen.

Zeitopfer

Die katastrophalen Ereignisse des verflohenen Jahrzehnts haben das deutsche Volk in Not und Elend gestürzt. Was die Furie des Krieges nicht an Gut und Blut verschlungen, saugen die siegestrunkenen Mächte nachträglich auf. Tiefer und tiefer sank das deutsche Volk in den Staub.

Alteutschlands Imperialisten, die größenwahnsinnigen Welt-erobrerer, schleppten den Zunder zusammen und als sich ein einziger Funken darin versangen, schürten und bliesen sie, bis der Weltbrand hell aufloderte. Das Proletariat wurde mit nationalen Phrasen berauscht und willig schleppte es seine Knochen auf die Schlachtfelder. Viel war damals die Rede vom Volk, welches gemeinsam kämpft, gemeinsam blutet und Opfer bringt, doch als die Sache äußerst gefährlich wurde, verstanden die Kriegsheher es vorzüglich, sich und die ihren in Sicherheit zu bringen. Fern vom Schuß, in den hintersten Stellungen, in den Stappen, in den Versorgungs- und Verwaltungsämtern waren sie wohlgeborgen und führten das große Wort.

Das kaiserliche Deutschland brach 1918 militärisch und wirtschaftlich schmachlich zusammen. Feig flohen die Verantwortlichen über die Landesgrenzen und hinterließen ein ödes Trümmerfeld. Dem Volk blieb die Verpflichtung, die Schuld für die begangenen Verbrechen zu tilgen. Brutal fißt der Kommissärier der Siegerstaaten uns im Nacken. Als übermündete, Geschlagene müssen wir der Gefahr klar ins Gesicht schauen; hier helfen nicht Großsprecherien und Kraftmeiereien, sondern wir müssen ernsthaft versuchen zu erfüllen, was die brutale Gewalt uns auferlegt und was verbrecherisches Treiben verschuldet hat.

In der Schicksalsstunde des deutschen Proletariats im November 1918 war wiederum viel die Rede vom gemeinsamen Lastentragen, gemeinsamen Aufbau der Wirtschaft, Gestaltung der Zukunft auf gleichberechtigter Grundlage; Arbeitsgemeinschaften und paritätische Wirtschaftsbünde wurden zu diesem Zwecke gegründet. Drei Jahre später wieder das alte Lied. Eine triumphiierende besitzende Klasse, die alle Gemeinschaftsbestrebungen zur Sicherung ihrer Macht benutzte und nun von der Höhe ihrer geführten festen Stellung auf ein betrogenes, schwerbelastetes Proletariat herabblüht.

Die Arbeiterklasse Deutschlands steht in schwerem wirtschaftlichen Ringen. Die Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände steigt ins Ungemessene. Dabei muß jede Lohnaufbesserung einem hartnäckigen Unternehmertum in zähem Ringen abgetrotzt werden. Alle erzielten Lohnaufbesserungen wiegen die Senkung der Kaufkraft des Arbeitslohnes nicht auf. Der Reallohn verschlechtert sich, mit ihm die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie. Die gewaltigen Steuerbelastungen drücken auf den Arbeiterhaushalt. Von der Arbeiterschaft wird der Steuerzehnt reflexlos eingetrieben, während der Besitz bisher gespons, teilweise ganz verschont wurde. Alles Getrebe vom gemeinsamer Lastentragen war eitel Zug und Trug.

Das Unternehmertum verweigert den Arbeitern den zum Leben notwendigen Mindestverdienst. Um jede Lohnzulage muß erbittert gekämpft werden. Die im letzten Jahre in allen Gauen Deutschlands stattgefundenen schweren Streiks um Lohnaufbesserungen legen beredtes Zeugnis ab. Wir sind gezwungen, Lohnkämpfe, die zweifellos schwere Schäden für die Volkswirtschaft bringen, in einer Zeit zu führen, in der die Unternehmer die fabelhaftesten Gewinne erzielen. Die Arbeitgeber treiben die Arbeiter zu wirtschaftlichen Kämpfen, obgleich sie in der Lage wären, die geforderten Löhne zu bewilligen, nur um ihren Herrinim-Gaule-Standardpunkt hervorkehren zu können. Sie beteiligen sich an dem Sturm des internationalen Ausbeutertums gegen die bisher erzielten Arbeiterrechte. Sie verfechten ihre, blendende Machtstellung unbedünnt um das Wohl des deutschen Volkes. Alle Rücksichten auf die deutsche Volkswirtschaft sind ihnen gleichgültig, ihr Nutzen, ihr Geldsack ist ausschlaggebend und wenn der Staat dabei zugrunde geht.

Das Proletariat steht in diesem schweren Daseinskampf allein auf weiter Flur. Die Behörden beugen sich dem Willen der Arbeitgeber. Die Arbeiterschaft führt die Kämpfe im vollen Bewußtsein ihrer gerechten Sache. Sie trägt die schweren Opfer, da sie nicht gewillt ist, bisher erzielte Rechte preiszugeben. Sie muß kämpfen, um sich und die Familie vor vollständiger Verelendung zu schützen. Die Unternehmer rechnen, daß in der heutigen schweren wirtschaftlichen Lage der Arbeiter aus Mangel an finanziellen Mitteln keine langwierigen Kämpfe führen kann. Diese Rechnung muß von der Arbeiterschaft zunichte gemacht werden. Rechtzeitig werden die Verbände Wege einschlagen, um Niederlagen aus Mangel an Mitteln zu verhüten. Unser Verband hat die Einrichtung von Extrabeiträgen angeordnet, damit die Sicherung der schwebenden großen Bewegungen gegeben ist.

Die neuangetretene Teuerungswelle hat die bisherigen Berechnungen der Streikunterstützungen über den Haufen geworfen. Es liegt auf der Hand, daß die bisher gezahlte Streikunterstützung von 150 Mk. für den Mann, dazu eine Frauen- und Kinderzulage keineswegs der Teuerung entspricht. Mit dieser Unterstützung wird es der begeistertsten Kämpferschar unmöglich, langwierige Kämpfe zu führen, es sei denn, die Familien gehen zugrunde. Das darf es nicht geben. Auch im Kampf muß das Dasein der Familie sichergestellt sein. Der erweiterte Beirat beschloß eine Erhöhung der Streikunterstützung in der ersten Klasse auf 240 Mk., in der zweiten Klasse auf 150 Mk. und in der dritten auf 60 Mk. in der Woche. Demzufolge müssen die Beiträge in der ersten Klasse um 4 Mk., in der zweiten um 3 Mk. und in der dritten um 1 Mk. erhöht werden. Die Erhöhung ist in Anbetracht des gewaltig gesunkenen Geldwertes gering zu nennen. Die Beitragserhöhung tritt mit der 19. Beitragswoche in Kraft. Mit dieser Regelung ist, so steht zu erwarten, die Finanzkraft des Verbandes gegen kommende Stürme gesiekt.

Zum dritten internationalen Gewerkschaftskongress

Zwei bedeutsame Tagungen beanspruchen in diesen Wochen besondere Aufmerksamkeit. In Genua sind die Vertreter von 30 Regierungen zusammengetreten; am 20. April tritt zu Rom der Kongress des internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Die Metallarbeiter, als Glied dieser Gewerkschaftsinternationale, haben zu ihrer Stärkung wirksam beigetragen. Daß die in der Eisernen Internationale vereinten Metallarbeiter bemüht sind, innerhalb der gesamten Internationalen voranzumarschieren, beweisen die letzten Kongresse des IWW in Kopenhagen und Lugern.

Wir erwarten von der Gewerkschaftstagung in Rom weder alles, was die unmittelbare Abwendung aller Not. Aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens, seit ihrer im Jahre 1919 in Amsterdam erfolgten Gründung, hat es die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale allen Widerständen zum Trotz doch verstanden, sich ein erfreulich großes Maß an Beiträgen zu erwerben. Sie hat eine steigende Mächtigkeit erlangt, mit großer Bewusstseinshaftigkeit alle sozialpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen und machtpolitischen Vorgänge der Welt verfolgt, nicht um sie zu registrieren, sondern um nach besserer Möglichkeit handelnd einzugreifen. Und während man von Moskau aus die Gelben von Amsterdamer schmähte, haben diese unbedirrt ihre proletarische Pflicht erfüllt. Vor allem auch Rußland gegenüber durch Unterbindung des für den Krieg gegen Sowjetrußland bestimmten Waffentransports nach Polen im Oktober 1920 und in diesen letzten Monaten durch Organisation der Arbeiterhilfe für die hungernden Männer, Frauen und besonders Kinder in Sowjetrußland.

Aber auch bei allen anderen wichtigen, gefährlichwangeren Vorgängen der europäischen Politik trat die Gewerkschaftsinternationale auf den Plan, gründlich prüfend und auf Grund solchen Studiums und internationaler geistiger Einstellung die Wege wählend, die eine gerechte Lösung, frei von jedem nationalstaatlichen oder Machtstandpunkt, herbeizuführen geeignet gewesen wären. So sei nur erinnert an die nach Obereschleffen entsandte gemischte Kommission, die an Hand eingehender sachlicher Prüfung die Unteilbarkeit des obereschleffischen Industriegebietes als von wirtschaftlichem Interesse diktiert bezeichnete und darum eine wirtschaftliche Autonomie forderte, an die nach dem Saarreferendum entsandte Abordnung, die sich zum Sprachrohr der berechtigten Beschwerden der Arbeiterbevölkerung dieses Gebiets machte, schließlich an die Bemühungen und wiederholten Besprechungen französischer und deutscher Gewerkschafter zum Zwecke des Wiederaufbaus der zerstörten nordfranzösischen Gebiete durch deutsche Arbeiter. Wenn wir hier einige wichtige Punkte des Willens der Amsterdamer Internationale hervorheben, so wollen wir keineswegs verkennen, daß es noch nicht möglich war, der Stimme der Vernunft, der sie Ausdruck gibt, in der internationalen Politik der kapitalistischen Regierungen Geltung zu verschaffen.

Die Macht der Internationale ist gegeben durch das Maß an Geschlossenheit und Kraftentfaltung der ihr angeschlossenen nationalen Glieder; und wenn die beharrliche Arbeit des IWW auch noch nicht in allen Fällen zur Verwirklichung führte, so hat sie doch wenigstens in das Wirken der imperialistischen Politik geleuchtet und dadurch zur Festigung der angeschlossenen Organisationen beigetragen.

Wie ernst der Wille der Amsterdamer Weltgewerkschaft zur Tat im Sinne des internationalen Sozialismus ist, das beweist ganz besonders die zum November v. J. einberufene internationale Konferenz der Metall-, Transport- und Bergarbeiter und die dort gefaßten Beschlüsse, welche die Arbeiter zum Widerstand gegen Reaktion und Militarismus durch Generalstreik und Bekämpfung des kapitalistischen Zuanbes auffordert. Ein dort gebildeter internationaler Ausschuss ist beauftragt worden, dem internationalen Kongress von Rom weitere notwendige Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr vorzuschlagen. Beachtet man, daß in Rom annähernd 25 Millionen Arbeiter vertreten sein werden, so wird man sich klar sein über die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse.

Neben dieser bedeutungsvollen Frage soll in Rom Stellung genommen werden zum Wirtschaftstag und der wirtschaftlichen Reaktion und zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas. Die Tagesordnung allein schon deutet an, daß sich die Gewerkschaftsinternationale ihrer doppelten Aufgabe bewußt ist: für die unmittelbaren sozialen Interessen der Proletarier einzutreten und gleichzeitig das große Ziel der Niederrückung des kapitalistischen Regimes planmäßig und tatbereit zu verfolgen. L. S.

Neue Kämpfe in skandinavischen Ländern?

In Nr. 44 vom vorigen Jahre und in Nr. 3 von diesem Jahre berichteten wir von den Gelüsten der schwedischen Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Mittlerweile verhängen die dänischen Unternehmer eine Massenarbeitsperrung über die Arbeiter und es scheint, daß die schwedischen Schachmacher sich gleichfalls solche Vorhaben erwerben wollen. Die zurzeit ablaufenden Verträge in der Industrie sind wohl so ziemlich alle gekündigt worden. Inwieweit haben natürlich Verhandlungen stattgefunden und auch die Vertreter des schwedischen Metallindustriearbeiterverbandes, was in ihren Kräfte stand, um die von den Unternehmern angebotenen Verschlechterungen auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Es sieht jedoch nicht danach aus, daß sich die Sache ohne Kampf abwickeln wird. Metallarbeitern, unter schwedisches Arbeiterblatt, vertritt in seiner Nummer vom 8. April ein von Herrn Gunnar Laurell, dem Geschäftsführer des schwedischen Metallvereins unterzeichnetes Rundschreiben, wonach der Vorstand dieser für die Industrie zuständigen Spigenorganisation der Unternehmer einseitig beschlossene hat, beim (allgemeinen) schwedischen Arbeiterverein die Aussperrung zu befrworten für den Fall, daß es zu Kämpfen

ausgeschmolzen werden, was in der hohen Glut der Hochofen in den Hüttenwerken geschieht, wobei die rohen Metalle ausgeschmolzen werden und die anderen Stoffe als Schlacke zurückbleiben. Nur die edlen Metalle finden sich, da sie sich nicht mit dem Sauerstoff verbindet, auch in der Natur in reinem Zustande oder, wie man sagt, gebiegen vor, jumeist in Form von kleinen Körnern oder Blättchen, die in Sand oder Erde eingebettet sind und aus dieser durch Auswaschen gewonnen werden. Auch der gewöhnliche Flußsand enthält Spuren von Gold, Silber und noch anderen Metallen, die jedoch so gering sind, daß sich die Gewinnung in den meisten Fällen nicht lohnt.

Das am meisten vorkommende und daher für die Technik wichtigste Metall ist das Eisen, von dem jährlich wohl hundertmal soviel produziert wird wie von allen anderen Metallen zusammengekommen. Auch für das Gesamtgebiet der Verkehrstechnik ist das Eisen das wichtigste und weitaus am meisten benötigte aller Metalle. Die Eisenbahn ist die Grundlage des gesamten Bahnwesens und hat der Eisenbahn nicht nur ihren Namen, sondern auch erst die Möglichkeit ihrer Entstehung und Entwicklung gegeben: Das Eisen ist das wichtigste Material unserer Kraftmaschinen und hat in erster Linie dazu beigetragen, die Naturkräfte für die Zwecke der Technik im allgemeinen und die der Verkehrstechnik im besonderen nutzbar zu machen. Auch für die Elektrotechnik ist das Eisen das wichtigste und weitaus am meisten verwendete Metall, vor allem seiner magnetischen Eigenschaften wegen, auf der die Wirkungsweise aller elektrischen Maschinen, der Dynamomaschine wie des Elektromotors, beruht und die daher die Grundlage sowohl der Erzeugung wie der Anwendung des elektrischen Stromes und damit die Grundlage des gesamten Gebietes der Elektrotechnik ist, wenn im übrigen als Leiter des elektrischen Stromes auch das Kupfer dem Eisen überlegen ist und für diese Zwecke weitaus am meisten von allen Metallen von der Elektrotechnik wie der Verkehrstechnik, insbesondere als Leitungsdräht der elektrischen Bahnen, benötigt wird. Die Elektrotechnik ist heute unter allen Industriezweigen der größte Verbraucher an Kupfer.

kommen sollte. Die Aussperrung soll nach der zweiten Ankündigung in Kraft treten. Ferner veröffentlicht das schwedische Arbeiterblatt ein zweites, mit "Direktive Nr. 4" bezeichnetes und vom Vorsitzenden G. U. S. i t r e i n unterzeichnetes Rundschreiben des Metallvereins vom 23. März, worin mitgeteilt wird, daß auch die Verhandlungen vom 20. bis zum 22. März nicht zu einem Ergebnis geführt hätten. Die Verhandlungen seien abgebrochen worden, weil die Arbeitervertreter gefordert hätten, daß weitere Lohnkürzungen nicht vorgenommen werden sollten. Das sei unmöglich. Das Rundschreiben verweist dann noch auf die Satzungsbestimmung, wonach die Mitglieder der Unternehmersonganisation ohne Einwilligung des Vorstandes mit ihren Arbeitern oder deren Gewerkschaften nicht verhandeln dürfen.

Angesichts der Lage hat der Metallindustriearbeiterverband eine Sitzung seines Gesamtvorstandes zum 14. April (Karfreitag) einberufen. In Norwegen hat sich die Lage ebenfalls zugespitzt. Auch dort ist die Arbeitslosigkeit groß. Ferner erlitten die Gewerkschaften im vorigen Jahre eine Schlappe. Sowohl in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung haben dort die Kommunisten die Oberhand gewonnen und als im vorigen Jahre die Seeleute in den Streik traten, brachte man den kommunistischen Gedanken in Anwendung, wonach ein Kampf in einem einzelnen Berufe als Veranstaltung zu einem allgemeinen Kampfe gelten soll. Es wurde ein Streik in einem Unternehmen ohne Rücksicht darauf, ob in den übrigen Berufen die Aussichten für einen Kampf ebenso günstig waren, wie möglicherweise bei den Seeleuten. Der Streik mußte abgebrochen werden, ohne daß er den Seeleuten genützt hatte. Die Gewerkschaften waren ihr Geld losgeworden, ein Teil von ihnen mußte sich Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen.

Bei alledem muß man sich natürlich vor Augen halten, daß in Norwegen die Dinge sich ähnlich entwickelt haben wie in den anderen skandinavischen Ländern. Während des Krieges wurden fleißig Aufträge für die Ententeeregierungen ausgeführt; die Unternehmer heimtzen riesigen Profite und ein Teil des Bediensteten kam auch den Arbeitern zugute. Jetzt fehlen nicht nur diese fetten Aufträge, sondern die Preise für die Industrieerzeugnisse werden unterboten durch die Unternehmer in den Ländern mit niedrigerer Wäktu. Jetzt wollen die Unternehmer sich soviel wie möglich an den Arbeitern schadlos halten. Sie fordern Lohnkürzungen — wie berichtet wird bis zu 50 v. H. — und daneben noch andere Verschlechterungen, besonders in den Ferien. Das Landessekretariat der Gewerkschaften kam zu dem Schluß, daß Verhandlungen über die Verträge, die am 1. April abließen, gänzlich fruchtlos seien. Das Landessekretariat beschloß deshalb, daß alle Arbeiter in den Werften, wo es bis zum 15. April nicht zu einer Einigung kommen wird, kündigen sollen. Dem Arbeitgeberverein und dem Reichsbeschäftigungsbeamten soll davon Kenntnis gegeben werden. Die Kündigungen werden außer der Eisen- und Metallindustrie und dem Elektrotrikfergeschäft noch elf weitere Industriezweige umfassen.

Es ist natürlich klar, daß die norwegischen Gewerkschaften Lohnkürzungen nicht ganz vermeiden können, wie dies ja auch in Schweden und Dänemark der Fall ist. In Schweden stehen die Gewerkschaften jedoch stark da und in Dänemark haben sie soeben einen Kampf ausgetragen mit dem Erfolge, daß die Unternehmer sich im wesentlichen mit dem begnügen mußten, was sie auch ohne Kampf hätten erreichen können, und daß die von den Langjahrern und Gezeiten geforderten weiteren Verschlechterungen abgewehrt wurden. In Norwegen streitet man in den Gewerkschaften aber darüber, ob man die von den Kommunisten geforderte "Umlegung" der Gewerkschaften vornehmen soll oder nicht. Durch all dies gestaltet sich die Lage der Gewerkschaften in Norwegen schwieriger als in den übrigen skandinavischen Ländern.

Aus Finnland

Seit Anfang des vorigen Jahres betreiben die Kommunisten in Finnland eine sehr rege Werbetätigkeit für den Anschluß der finnischen Gewerkschaften an die rote Gewerkschaftsinternationale. Diese Tätigkeit hat zunächst den Erfolg gehabt, daß die Gewerkschaften ungefähr 10 000 Mitglieder verloren, für Finnland schon eine beträchtliche Zahl. Gegen Ende des vorigen Jahres setzten die Kommunisten durch, daß in den finnischen Gewerkschaften eine Urabstimmung über den Anschluß an die dritte Internationale beschloffen wurde. Diese Urabstimmung wird zurzeit vorgenommen unter der Losung: "Moskau" oder "Unabhängig".

Der letzte in Wien abgehaltene internationale Kongress der Buchbinder hatte beschlossen, daß alle Landesverbände aus der Buchbinder-Internationalen auszuschließen seien, die sich der Moskauer Internationale anschließen. Die Urabstimmung der finnischen Buchbinder ergab eine gründliche Niederlage der Kommunisten.

Von den 8521 Mitgliedern des Finnischen Metallarbeiterverbandes beteiligten sich 3221 an der Urabstimmung. Für den Anschluß an Moskau stimmten 218 und dagegen 1077. 26 Stimmsittel waren unguiltig. Zu bedauern ist die geringe Teilnahme an der Urabstimmung.

Auf Österreichs Spuren

Die der Konferenz von Genua vorangegangene Woche hat weiter Kreisen wieder mal deutlich vor Augen geführt, in wie hohem Maße die deutsche Papiermarkt zur Spielmarke der internationalen Spekulation geworden ist. Der Kurs wurde besonders an den ausländischen Börsen in einer Weise hin- und hergeworfen, die der deutschen Volkswirtschaft im höchsten Grade schädlich war. Die täglichen starken Kursveränderungen der Markt bringen alle Preise, Löhne u. s. w. im Inlande ins Schwanken und unterbinden wirtschaftliche Maßnahmen auf lange Sicht. Die Spekulanten an der New Yorker, Londoner und der holländischen Börsen benutzen die politische Unsicherheit und Ungewissheit, um durch Verbreitung zweideutigen Nachrichtenmaterials dem Markttums in dauernder Bewegung zu halten und dabei ihr Schicksal zu sichern. In wie hohem Maße diese Vorgänge den inländischen Markt beeinflussen, zeigt zum Beispiel die augenblickliche Lage der deutschen Waggonindustrie. Hier handelt es sich um ein Gewerbe, das mit einem längeren Bestellungenprozess und mit entsprechenden Lieferfristen rechnen muß. Da aber die Preise für Kohle, Eisen, Holz, Metalle und alle anderen Materialien sowie die Arbeitslöhne ständigen starken Schwankungen unterliegen, lassen sich Preise für die Fertigerzeugnisse kaum noch fest kalkulieren. Die Waggonbauanstalten verlangen von ihren Auftraggebern ein Eingehen auf bewegliche Preise, bei denen vor allem den während der Herstellung der Waggon einsetzenden Lohnveränderungen Rechnung getragen werden kann. Da andererseits die Auftraggeber vorwiegend staatliche Eisenbahnverwaltungen sind, die sich bemühen, nach Möglichkeit mit den festgesetzten Beträgen für Neuanschaffungen auszukommen, so ergibt sich eine Störung im Auftragsgang, die bereits den Beschäftigungsgrad ungünstig beeinflusst. Was sich hier bei der Waggonindustrie zeigt, wird sehr bald auch in anderen Gewerben, wo es sich um Herstellung besonders hochwertiger Waren und um längere Lieferfristen handelt, zutage treten. Schon auf der Leipziger und noch mehr auf der jetzigen Frankfurter Messe zeigte die Industrie große Abneigung, feste Bindungen einzugehen. Hieraus ergibt sich selbstverständlich eine beträchtliche Verminderung des fest vorgelegten Auftragsbestandes und dementsprechend die Gefahr sehr plötzlicher Einschränkungen des Beschäftigungsgrades.

Das lägitige Brot der breiten Volksschichten in Deutschland hängt demnach heute in einer ganz unerträglichen Weise von den Schwankungen des Markttums und dem Nachschaffen der internationalen Großspekulation ab. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat vor einigen Tagen in einer hochpolitischen Rede der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir unter Umständen österreichischen Verhältnissen entgegengehen können. Wenn man die Entwicklung des Markttums in den letzten Wochen betrachtet und sich vergegenwärtigt, daß der Notenumlauf der Reichsbank in der letzten Märzwoche um 7,7 Milliarden Mark auf 130,67 Milliarden Mark gestiegen ist und daß fast gleichzeitig die schwebende Schuld des Deutschen Reiches sich um 6,75 Milliarden auf 271,93 Milliarden Mark erhöht hat, so muß man allerdings zugeben, daß wir im Geschwindigkeitsweg den Weg gehen, den Österreich vor uns gegangen ist.

Der preußische Wohlfahrtsminister gegen die Arbeitsinvaliden

Bei der Beratung des Gesetzes betr. Notstandmaßnahmen für Sozialrentner im November vergangenen Jahres erklärte ein Regierungsbektrater im Reichstag, daß dieses Gesetz lokal gehandhabt werden solle (siehe auch die Notiz "Entwürdigung der Sozialrentner" in der Nr. 3, 1922, der M.-Z.). Trotzdem das Reichsarbeitsministerium schon im Januar verordnete, daß dieses — übrigens völlig unzureichende und kränkende Gesetz — nunmehr schleunigt zur Ausführung zu bringen sei, ist doch von den maßgebenden Behörden die Durchführung des Gesetzes noch nicht überall begonnen. Dieses ist angesichts der Notlage, in der sich der größte Teil der Arbeitsinvaliden befindet, geradezu ein Skandal. Vermutlich glaubt man, daß es für die Allgemeinheit besser sei, wenn diese "überflüssigen und lästigen" Menschen je eher, desto besser das Reichssegnen, da sie ja doch nicht mehr als vollwertig in Betracht kommen.

Nunmehr hat auch der preußische Wohlfahrtsminister zu dem Gesetz und den Ausführungsbestimmungen Stellung genommen und zu den durch die Ausführungsbestimmungen veranlaßten Härten eine weitere hinzugefügt. Der § 6 des Gesetzes bestimmt nämlich, daß die ausführende Behörde "unterhaltspflichtige Angehörige" zu den Kosten der durch das Gesetz vorgesehenen Unterstützung heranziehen kann. Es ist dieses also keine Pflicht, sondern nur ein Vorrecht. Die Ausführungsbestimmungen zu § 6 lauten wörtlich: "Gesetzliche Unterhaltspflichten sind bei Berechnung der Unterstützung nur soweit anzuzurechnen, als dieselben erfüllt sind oder nach der Überzeugung der einschreibenden Stelle von dem Unterhaltspflichtigen erfüllt werden können." Diese Bestimmungen sind sehr bedauerlich. Selbstverständlich ist gegen die Heranziehung leistungsfähiger Angehöriger durch die Behörden nichts einzuwenden, sofern diese Unterhaltspflichtigen ihre Pflicht nicht erfüllen. Hingegen ist es durchaus verkehrt, den Verdächtigen die Unterstützung zu verweigern, weil der leistungsfähige Unterhaltspflichtige sich weigert, seiner Pflicht zu genügen.

Nun kommt der preußische Wohlfahrtsminister und hilft den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers durch besondere Maßnahmen nach. Seine Ansicht ist, daß vielfach bei der Gewährung der Unterstützung zu weit gegangen wird, indem nicht genügend "geprüft" werde, ob die Unterhaltspflichtigen zahlen können. Er verweist darauf, daß die Unterhaltspflicht gewissermaßen zwingenden Rechtes sei. Mit seinen Richtlinien nimmt er dem Gesetz den Charakter der Wohlthat und stellt die Arbeitsinvaliden noch unter die Armenrentner. Den Eltern wie den Kindern wird dadurch das Leben verleidet. Daß die 3000 M., die als Gesamteinkommen der Sozialrentner festgesetzt sind, zum Leben nicht ausreichen, sollte doch auch ein Minister wissen. Wenn nun die Unterhaltspflichtigen schon bis zu dieser Summe mit herangezogen werden, kann man es ihnen schließlich nicht verargen, wenn sie es ablehnen, noch weitere Aufwendungen zu machen, auch dann, wenn sie können. Daß dieser preußische Wohlfahrtsminister mit seinen Richtlinien nur viel Streit zwischen Eltern und Kindern hervorruft und daß letzten Endes die armen Invaliden die Leidtragenden sind, scheint ihm nicht bewußt geworden zu sein.

Noch eine andere wichtige Frage. Wie kommt der preußische Minister dazu, an den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers durch besondere Anweisungen herumzufortigieren? Der einzelne Landesminister hat doch nicht die Befugnis, an einem Reichsgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen herumzudoktern, indem er eine Paraphrase in eine Maßvorschrift umzuwandeln unternimmt, wodurch sehr viele der ihnen durch das Gesetz zugehörigen Wohlthat verliert gehen. Wenn das eine lokale Handhabung des Gesetzes sein soll, braucht man sich nicht über engherzige Auslegung durch die nachgeordneten Behörden zu wundern. Die sozialistischen Fraktionen im Reichs- und Landtag werden sich die Angelegenheit einmal näher betrachten müssen. Auch die Arbeitsinvaliden haben ein Recht zum Leben.

Steigende Arbeitslosigkeit überall

Die Arbeitsmarktkrise in den hochindustrialisierten Ländern zeigt noch immer steigende Tendenz. In den Vereinigten Staaten soll sich die Zahl der Arbeitslosen im Januar d. J. um 5 v. H. erhöht haben. Sie beträgt nach den neuesten Schätzungen 7 1/2 Millionen Menschen. In Amerika ist nach den Feststellungen der Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit von 11 v. H. Anfang Dezember auf 15,1 v. H. Anfang Januar gestiegen. In Großbritannien zählte man Ende Februar 1 868 223 gesetzlich versicherte Arbeitslose, d. h. 15,7 v. H. der englischen Arbeiter waren erwerbslos gegen 9,5 v. H. im vorjährigen Vergleichsmonat. Im Februar 1920 zählte man in Großbritannien nur 1 69 000 oder 4,4 v. H. Arbeitslose. Demnach ist die Zahl der Arbeitslosen im Laufe der letzten beiden Jahre ungefähr auf das Doppelte gestiegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß gegenwärtig in England noch etwa 266 000 Kurzarbeiter Arbeitslosenunterstützung empfangen. Der englische Arbeitsmarkt ist der Schmelzpfanne unangenehm und erbitterter Lohnkämpfe. Ein geringes Sinken der vom Arbeitsministerium berechneten Lebenshaltungskosten für Nahrungsmitel, Wohnung, Kleidung usw. führte zu Versuchen der Unternehmerschaft, die Gehaltskosten durch Lohnabbau zu vermindern. Hieraus ergaben sich zahlreiche Streiks und Aussperrungen. Nach der amtlichen Labour Gazette wurden im Februar d. J. Lohnherabsetzungen um wöchentlich durchschnittlich 390 000 Pfund für 2,4 Millionen Beschäftigte vorgenommen.

Auch der französische Arbeitsmarkt steht im Zeichen fortschreitender Krise. Diese macht sich besonders stark in der eisen- und lothringischen Industrie und im gesamten französischen Kohlenbergbau bemerkbar, wo die Beschäftigung unter dem Druck der Reparationsforderungen stetig sinkt. In Belgien waren bei Jahresbeginn 86 038 Arbeiter oder 11,4 v. H. erwerbslos. In Holland scheint in den letzten Monaten noch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise eingetreten zu sein. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit im Verkehrsgewerbe, in der Metallindustrie und in der Papierfabrikation. Auch hier zeigen sich schon vielfach Bestrebungen, neue Tarifverträge nur unter gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne abzuschließen. In Dänemark ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen von etwa 79 000 in der letzten Dezemberwoche auf über 100 000 Mitte Februar 1922 angewachsen. Es sind gegenwärtig etwa 30 v. H. aller dänischen Arbeiter erwerbslos. Bezeichnend für die Lage des dänischen Arbeitsmarktes ist der Ausgang des großen Lohnkampfes, an dem mehr als 100 000 Arbeiter beteiligt waren und der mit der Annahme des zunächst abgelehnten Schiedsprüchs des staatlichen Schiedsrichters endete. Hiernach ist zwar der Wirtschaftstag (mit gewissen Ausnahmen in Saisonbetrieben) gesichert, ebenso bleiben aber auch die bis Februar vorgesehenen Lohnkürzungen in Kraft. Bis August d. J. sollen neue Lohnveränderungen nicht zugelassen werden und von da ab soll die Bewegung der Indexziffer für die Lebenshaltungskosten den Lohnänderungen zugrunde gelegt werden. Dementswert ist, daß die dänische Regierung auch eine Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten in Aussicht genommen hat.

In Schweden hat die Wirtschaftskrise sich ebenfalls noch weiter verschärft. Die Zahl der Arbeitslosen in den schwedischen Hochverändern stieg von 40 028 oder 26,8 v. H. am 31. Oktober auf 47 668 oder 32,2 v. H. Ende Dezember. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen soll gegenwärtig etwa 150 000 betragen. Auch hier sind seit Wochen große Lohnbewegungen im Gange zur Abwehr der von den Arbeitgebern vorgenommenen Massenkündigungen und Lohnkürzungen. In Norwegen schätzte man die Zahl der Arbeitslosen im Februar auf rund 47 000 oder 32,000 im Dezember. Auch hier ist ungefähr jeder fünfte Arbeiter erwerbslos. In der Schweiz wurden Ende Februar 1922 gegen 100 000 Arbeitslose gezählt. Im entsprechenden Monat des Vorjahres waren rund 43 000 und im Februar 1920 nur 50 000 Arbeitslose vorhanden. Diese Arbeitsmarktkrise hat auch in der Schweiz (S. in der Uhren- und Holzindustrie) zum Lohnabbau und in verschiedenen Gewerben zur Einführung der 52-Stundenwoche Gelegenheit gegeben. In Spanien zählte man am 1. Januar 1922 rund 542 000 Arbeitslose gegen 512 000 im vorangegangenen Monat.

Lohnkämpfe in der Metallindustrie Ostpreußens

Seit elf Wochen steht ein großer Teil der Metallarbeiter in Ostpreußen in einem Kampf, dessen Ursache auf das bekannte ungleiche Verhältnis des dortigen Unternehmertums zurückzuführen ist. Während in anderen Gegenden Deutschlands nicht nur die Unternehmer in der Metall-, sondern von jeder Industrie es seit der Revolution für selbstverständlich erachten, durch tarifliche Vereinbarungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft zu regeln, ist diese Selbstverständlichkeit in Ostpreußen noch nicht zu verzeichnen. So mußten zum Beispiel die Holzarbeiter in Ostpreußen im Vorjahre um die Anerkennung ihres Reichsarbeits 26 Wochen streiken. Auch in der Metallindustrie waren im Vorjahre an einzelnen Orten, z. B. Elbing, Königsberg usw., ebenfalls Streiks notwendig, um einigermaßen annehmbare Löhne zu erzielen. Die Bemühungen unseres Verbandes, einen Reichsarbeitsvertrag zu schaffen, sind bisher ergebnislos gewesen. Anfang Februar haben sich unsere Kollegen veranlaßt, einen Tarif einzufordern, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig regeln sollte. Man muß in Betracht ziehen, daß nicht weniger wie sieben Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie für Ostpreußen in Betracht kommen. Alle, außer dem Ostpreußischen Arbeitgeberverband, Sitz Königsberg, lehnen jede Verhandlung mit der Arbeitervertretung ab, einzelne weisen auch ihre Mitglieder an, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband keine Tarife zu vereinbaren.

Da die Verhältnisse innerhalb der ostpreußischen Metallindustrie es notwendig machen, einen Bezirkstarif unter allen Umständen zu erlangen, wurde der Streik auf der ganzen Linie beschlossen. Seit 11 Wochen stehen die Kollegen mit einer Opfertätigkeit und Ausdauer im Kampf, die Anerkennung und Hochachtung verdient. Ostpreußen ist bekanntlich der Hort der Reaktion, politisch und wirtschaftlich. Obwohl durch diesen Streik der größte Teil der Betriebe in der Metallindustrie stillgelegt wurde und das Reichsarbeitsministerium schon Ende Februar versucht hat, die Parteien zu einer Verhandlung zu bewegen, lehnten die meisten Arbeitgeberverbände jede Verhandlungsteilnahme ab. Besonders hat sich in dieser Hinsicht der Verband der Metallindustriellen des Ostens, Sitz Elbing, hervorgetan. Als das Reichsarbeitsministerium zum zweitenmal durch seinen Vertreter am 1. April die Parteien zu einer Verhandlung eingeladen hatte, war außer einer Vertretung des Ostpreußischen Arbeitgeberverbandes nur noch ein Vertreter dieses Verbandes erschienen. Auf Befragen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, ob der letztgenannte Unternehmerverband an der Verhandlung teilnehmen wollte, erklärte der Vertreter dieses Unternehmerverbandes, daß er „nur zur Information“ erschienen wäre. Auf weiteres Befragen eines Organisationsvertreters, ob der Vertreter des Verbandes der Metallindustriellen des Ostens bereit wäre, mögliche Vereinbarungen mit dem Ostpreußischen Arbeitgeberverband auch seinem Verband zu empfehlen, erklärte der Vertreter wieder: „Ich bin nur zur Information hier.“ Selbstverständlich verjagten die Arbeitervertreter auf eine derartige „Verhandlungsteilnahme“ dieses Herrn.

Die führende Rolle bei diesem arbeiterfeindlichen Gebahren spielt die Direktion der Schichauwerk in Elbing. Eine gleiche ablehnende Haltung nehmen auch die einzelnen lokalen Arbeitgeberverbände außer dem Ostpreußischen Arbeitgeberverband ein. Die Herren lehnen ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Arbeiterorganisationen als Tarifkontrahent unter allen Umständen brutal ab. Die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, die Unternehmer und deren Verbände zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen, blieben erfolglos. Nur der Ostpreußische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe, Sitz Königsberg, erklärt sich, wie schon früher, bereit, einen Tarifvertrag mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu vereinbaren.

Unter solchen Umständen ist die Durchführung des Kampfes für unsere Organisation und für die Kollegen sehr schwierig. Die organisationsfeindliche Haltung der Unternehmer muß entschieden gebrochen werden. Es wird mehr wie eines Ansturmes der organisierten Arbeiterschaft bedürfen, um mit dieser reaktionären Auffassung des Unternehmertums in Ostpreußen erfolgreich aufzuräumen. Unsere Kollegen müssen dafür sorgen, die Organisation der Metallarbeiter weiter auszubauen und die Reihen der überzeugten, denkenden Mitglieder unseres Verbandes zu stärken.

Durch die letzten Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums und durch Einsetzung eines Sonderprüfungsausschusses für das Wirtschaftsgebiet Königsberg wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die materiellen Bedürfnisse der Metallarbeiter nicht befriedigen kann. Inwieweit es möglich ist, den Streik für das Wirtschaftsgebiet Königsberg wenigstens zu beenden, muß die Zukunft lehren. Der Kampf in den übrigen Teilen Ostpreußens geht aber auf jeden Fall weiter und ist es notwendig, daß nach wie vor die übrige organisierte Mitgliedschaft unseres Verbandes jede ideale und materielle Unterstützung den in Ostpreußen kämpfenden Verbandskollegen zuteil werden läßt.

Ist erst dieses rüchpändige, reaktionäre Vorgehen des Unternehmertums in Ostpreußen überwunden, sieht man sich veranlaßt, auch dort die Arbeiterorganisationen als Tarifkontrahent anzuerkennen, dann wird nicht nur ein Vorteil für die Metallarbeiter Ostpreußens selbst, sondern auch für weitere Kreise der Metallarbeiter Deutschlands erzielt sein.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter

Im Interesse unserer gemeinsamen Sympathie ist es erforderlich, daß in allen Orten oder Straßen Bauarbeiterkommissionen gebildet werden. Wirtschaftlich zusammenhängende kleine Orte können sich zu einer solchen Kommission zusammenschließen. Die Bildung von beratenden Kommissionen muß auch da erfolgen, wo Baukontrollen aus anderen Kreisen angeordnet sind. Das nicht der Baukontrolleur als Beamter der Baupolizeibehörde ist bei der Wahrnehmung unserer Aufgaben maßgebend für die Arbeiter, sondern die Kommission. Demnach ist stets festzuhalten. Die Sitzenden oder die Obleute dieser Kommissionen müssen auf alle Fälle verpflichtet werden, ihre Adresse hier einzuschicken. Ebenso zu beifügen, wird von jedem Baukontrolleur, der mit uns denkt und führt, erwartet werden müssen.

Von einigen örtlichen Vertrauenspersonen werden jetzt Fragebogen zu einer sogenannten Fragebogenkontrolle verlangt, dazu sei gesagt, daß der sozialpolitischen Abteilung des RSDAP werden für die kommende Zeit, im Juni und im Herbst jedes Jahres, Fragebogen zur allgemeinen Feststellung der Wohnverhältnisse bei den Bauern durch Fragebogen verlangt. Dabei soll aber nicht angeordnet werden, daß auch zu einer Fragebogenkontrolle Fragebogen in bezug auf die Fragebogen gestellt werden. Im übrigen ist als selbstverständlich darauf hinzuweisen, daß durch die Mitglieder der Kommissionen auch Kontrollen bei Bauern ohne Fragebogen durchzuführen sind, denn gerade durch ein derartiges mehr überausgehendes Vorgehen ergeben sich oft wertvolle Resultate. Außerdem ist zu beachten, daß Kontrollen irgendwelcher Art nur durch die Kommissionen und nicht durch die Baukontrolleur gestattet zu erheben sind. Die Selbstständigkeit der Kommissionen ist stets gewissenhaft zu wahren.

Von weiteren ist darauf aufmerksam zu machen, daß von einer Zahl von Orten des Ergebnis der letzten Kontrolle der Partei mit Unterbreitung von wenigen Jahren durch das Zusammengehörigkeitsgesetz bis jetzt noch nicht eingeleitet werden ist. Von den Parteien mit den Fragebogen zusammenfassend zusammenfassend ein Exemplar ausgefüllt und unbedingt sofort dem Unterbezirksrat zuzuschicken.

Algemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
J. A. G. Heine, Berlin SW 16, Engelstr. 24, IV.

Grabeure und Ziseleure.

Die Tarifverhandlungen am 3. und 4. April 1922 führten zu folgendem Ergebnis: Die Lohnhöhe beträgt ab 10. April 1922 für alle Grabeure, Ziseleure und Hilfsarbeiter, einschließlich der am 20. März 1922 bewilligten Zulage von 1 M pro Stunde: für Grabeure und Ziseleure im ersten Jahre nach dem Auslernen 2,50 M, darüber hinaus 3 M, für Hilfsarbeiter bis zu 21 Jahren 2,50 M, darüber hinaus 3 M.

Ab 1. Mai 1922 erfolgt eine weitere Zulage von 1 M pro Stunde auf alle Löhne und Jahresklassen, das betrifft die Woche, in der 1. Mai 1922 fällt.

Die Tarifmindestlöhne betragen ab 10. April und 1. Mai 1922:

	Bei Städten mit Einwohnerzahl			
	bis 150.000	bis 300.000	bis 500.000	über 500.000
	10. 4. 1. 5.	10. 4. 1. 5.	10. 4. 1. 5.	10. 4. 1. 5.
Grabeure und Ziseleure				
im 1. Jahre nach dem Auslernen	11,40 12,40	11,60 12,60	11,80 12,80	12, — 13, —
bis zu 24 Jahren	13,10 14,10	13,25 14,25	13,40 14,40	13,55 14,55
über 24 Jahre	15,15 16,15	15,30 16,30	15,50 16,50	16, — 17, —
Hilfsarbeiter				
über 18 Jahre	10,35 11,35	10,45 11,45	10,55 11,55	10,90 11,90
21	11,75 12,75	11,85 12,85	12, — 13, —	12,40 13,40
24	14,30 15,30	14,50 15,50	14,65 15,65	15,10 16,10

Wir bemerken noch ausdrücklich, daß die Zulagen auf alle zurzeit bestehenden Löhne erfolgen.

Für Hilfsarbeiterinnen gelten die Abmachungen vom 18. Oktober 1921 und finden sachgemäße Anwendung.

Im besetzten Gebiet 10 Prozent Zuschlag auf alle Löhne.

Hierzu gelten die Erläuterungen vom 28. Juni 1920, wo es zu Punkt 5: Lohnberechnungen, Absatz b, lautet: „Die im Tarif festgelegten Lohnsätze sind nicht als Maximalhöhe zu betrachten. Gehilfen, welche durch ihre Befähigung über das normale Maß hinaus Leistungen vollbringen, sollen durch gegenseitige Vereinbarung mit Betriebsrat, Obmann oder Vertrauensmann höhere Sätze erhalten.“

Am 3. Mai treten die Mitglieder der Unterkommission wiederum zusammen, um erneut die Lohnlage zu prüfen. Gleichzeitig soll die Unterkommission eine Vorlage ausarbeiten, um den Manteltarif neu zu gestalten.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Welfenring, Festschrift zum 1. Mai 1922. Einzelpreis 2 M, bei Mehrbezug behaltende Preisermäßigung. Verlag Buchhandlung „Freiheit“, Berlin E 2, Breitestraße 8/9.

Das Eheproblem. Von Dr. Sophie Schöber. Preis 12 M. Verlag J. S. W. Dieckhoff, und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. — Als vor vier Jahrzehnten August Bebel mit der großen Forderung der Frauenemanzipation in seiner Schrift: „Die Frau“ hervortrat, wirkte diese noch wie ein Zandapfel — und zwar nicht allein in bürgerlichen Kreisen. Was der große Agitator über das Frauenwahlrecht, über die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Weib, über eine Neugestaltung der Ehe sagte, war selbst für viele Genossen noch unerhört neu und erzeugte in ihnen die tiefsten Bedenken. Heute sind die politischen Grundforderungen der Bebel'schen Schrift im Frauenwahlrecht verwirklicht. Aber an dem inneren Verhältnis von Mann und Weib ist noch wenig geändert. Hier steht die Genossin Sophie Schöber die Lebensarbeit Bebel's in ihrer feinsinnigen und ideenreichen Schrift: „Das Eheproblem“ fort. Die Vertiefung und Befestigung der Beziehungen von Mann und Weib in einer wirklichen ehelichen Lebensgemeinschaft wird zu ihrer ureigensten Aufgabe.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 23. April ist der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. April 1922 fällig.

Für den Bezirk Frankfurt a. M. wird zum sofortigen Antritt ein Bezirkssekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen unseres Verbandes völlig vertraut ist und eine mindestens fünfjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 9. Mai 1922 mit der Aufschrift: „Bewerbung Bezirkssekretär Frankfurt“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstr. 16, einzuschicken.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 31 des Verbandsstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen der 15. Generalversammlung in Jena mit Lernungszulage.

Zum Betriebsratssekretär für den Bezirk Essen wurde der Kollege Hermann Reinickens (Essen) gewählt.

Zur Finanzierung der gegenwärtig geführten großen Streiks und Ausperrungen in Ostpreußen und Südböhmen werden von den in Arbeit stehenden Mitgliedern vom 9. April (15. Beitragswoche) ab bis auf weiteres Extrabeiträge für die Hauptkasse in der Höhe des geltenden Wochenbeitrags erhoben, so daß doppelte Wochenbeiträge zum Einzug kommen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
	wöchentlich			Ständig
Altenberg	400	200	100	19. Beitragswoche
Arnold	400	200	50	19.
Bremen	400	300	50	19.
Düsseldorf	400	300	100	19.
Eisenberg	400	200	100	19.
Eisenwerder	200	150	50	19.
Eisenwerder	400	300	100	19.
Falken	300	300	100	19.
Felsa	300	150	50	12.
Guben	200	—	—	19.
Hohenstein	300	200	100	19.
Köpenick	300	200	100	19.
Mittweide	400	200	100	19.
Nies-Hochammerich	400	300	100	19.
Reichenhagen	400	300	100	19.
Reinickens a. D.	200	150	50	19.
Rositz	200	100	50	19.
Sachsenburg	200	100	50	19.
Schöner	400	200	50	19.
Schöner a. E.	400	200	50	19.
Schöner	400	300	100	19.
Trenntrich	100	—	—	19.
Wittenberg	300	300	100	19.
Wittenberg	50	50	50	19.
Wittenberg a. M.	100	50	50	19.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung karntarifischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Pögen i. B.:
Der Metallarbeiter Franz Schinowski, geb. am 30. Dez. zu Pögen, Mitgliedsbuch Nr. 422506, wegen Nichtabgabe von Büchern aus der Bibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rastenberg i. Th.:
Der Schmied Paul Gläser, geb. am 20. Dezember 1893, Cölna, Mitgliedsbuch Nr. 3,891810, wegen Unterschlagung.

Öffentlich gerügt werden:
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Hamburg:
Der Schmied Otto Henke, geb. am 4. April 1868 zu Schottholz, Mitgliedsbuch Nr. 2,071136;
der Schlosser Otto Müller, geb. am 1. April 1875 zu Rönberg, Mitgliedsbuch Nr. 1,988534;
der Schlosser Wilhelm Pohlmann, geb. am 5. November 1871 zu Dörfen, Mitgliedsbuch Nr. 3,011978, sämtliche wegen verbandschädigendem Verhalten.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der Metallarbeiter Gustav Reuter, geb. am 9. August 1871 zu Rühl, Mitgliedsbuch Nr. 248975, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Deutsch-Eylau:
Der Schlosser Fritz Gerulla, geb. am 28. Mai 1891 zu Steinersdorf, Mitgliedsbuch Nr. 3,285904, wegen Unterschlagung und Streikbruch.

Nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dortmund:
Der Schlosser Johann Lippmann, geb. am 3. September 1871 zu Riesa, Mitgliedsbuch Nr. 4,178217, wegen unkollegialen Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Krefeld:
Der Dreher Karl Hermanns, geb. am 6. Juli 1878 zu Krefeld, Mitgliedsbuch Nr. 3,242912, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Wieder aufgenommen werden:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Danzig:
Der Elektromonteur Friedr. Jereczek, geb. am 22. April 1871 zu Rentau. (16. 21.)

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Staßfurt:
Der Schlosser Willi Homann, geb. am 21. Juni 1895 zu Heddingen. (22. 21.)

Der Schlosser Richard Heinemann, geb. am 12. Sept. 1891 zu Heddingen. (22. 21.)

Der Schmied Friedrich Kühne, geb. am 6. Februar 1868 zu Ballenstedt. (22. 21.)

Der Schmied Paul Kauhdt, geb. am 16. Oktober 1865 zu Wreschen. (22. 21.)

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten

von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet des Reichs;
von Schweißern nach Baden-Schweiz;
von Feinmechanikern nach Baden-Schweiz;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen; nach Finnland; nach Heiligenstadt (Landw. Maschinenfabrik Kühne, Wöhle) St.; nach Hoppede, Kreis Witten i. Westf. (Sprengstoff-, Grubenlampen- und Akkumulatorenfabrik Hoppede) St.; nach Königsberg i. Pr. St.; nach Lützenburg a. M. nach Marburg a. L. (Fr. Kober) St.; nach Ostpreußen (alle Orte des Bez. Königsberg) St.; nach Sickingen a. M. (Stenda-Werke G. m. b. H.) D.;
von Holzwerkern nach Rombach i. Lothr. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausperrung

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung vermerkt ist, Erkundigung bei den zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufordern. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Unsern Mitarbeitern

zur Beachtung, daß die Metallarbeiter-Zeitung nur Originalarbeiten veröffentlicht. Aufsätze, die schon irgendwo veröffentlicht wurden oder gleichzeitig noch an andere Blätter gesandt werden, kommen für unsere Zeitung nicht in Betracht. Wir bitten, dies alleseitig zu beherzigen. Die Schriftleitung

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung.
Barel (Ostb.). Alle Zuschriften sind an den Kolleg. Karl Michaelis, Langestraße, Hotel Schilling, zu richten. Das Büro ist von 11 bis 12.30 Uhr und von 3 bis 6 Uhr geöffnet.
föhrer wurde der Kollege Michaelis gewählt. Allen übrigen Mitarbeitern besten Dank.
Schiedsricht. Die ausgeschriebene Schiedsrichterstelle ist besetzt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Angestellte gesucht.
Barel (Ostb.). Als Geschäftsföhrer wurde der Kollege Karl Michaelis (Barel) gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Tüchtiger Welpspanner für Bleche bis zu 5 mm Stärke sofort gesucht. Düsseldorf. Gedächtnisfabrik Welp & Comp. G.m.b.H., Ratingen-Schwarzbach.

Maschinenbauer, tüchtiger, für sofort gesucht. Lohn nach Vereinbarung. Schriftl. Mitteil. an: Otto Thormeyer, Heiligenstadt, Gaaßfeld a. S.

3 bis 3 Dreiziseleure mit Messing-Handtreibmaschinen, d. h. tüchtige handgetriebene Maschinen, Zeller: (Hornmetall) durchaus vertraut. Sof. gef. Mitteil. nur durchaus tüchtig. Kräfte an: C. F. Otto Müller, Rungew. Westf., Ratelstraße i. Bad., Kaiserstr. 10.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.